

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** Motion der SP Fraktion: ELBA: Für eine mit der Siedlungsentwicklung koordinierte Verkehrsinfrastrukturplanung – Gemeinden einbeziehen!

**Autor/in:** [Kathrin Schweizer](#)

**Mitunterzeichnet von:** [Mirjam Locher](#)

**Eingereicht am:** 2. Juni 2016

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Bevölkerung hat am 8. November 2015 klar gegen die Planung und den Kredit für den ELBA-Ausbau gestimmt. Der Regierungsrat will ihn nun aber trotzdem häppchenweise realisieren. Der Vorschlag der SP-Fraktion, nach dem klaren Volksentscheid gegen ELBA-Ausbau stattdessen die Diskussion über den ELBA-Umbau erneut zu führen, wurde vom Landrat verworfen. Eine mit der Siedlungsentwicklung koordinierte Verkehrsinfrastrukturplanung ist somit nicht in Sicht. Diese wäre aber wichtig, denn die Qualität der ELBA-Planung zeichnete sich eben gerade durch die koordinierte Planung über alle Verkehrsträger aus. Sie wird übrigens vom Raumplanungsgesetz gefordert und ist eine Bedingung für die Mitfinanzierung durch die Agglomerationsprogramme. Das wird mit der Salomitaktik der Regierung verhindert.

Die ELBA-Planung war im Ansatz ein vorbildlicher Prozess für den Kanton Baselland: Erstmals wurde eine koordinierte Verkehrsplanung vorgenommen und nicht für jeden Verkehrsträger isoliert geplant. Trotzdem fehlte ein wichtiger Schritt im Planungsverfahren: Die Planung wurde nicht auf die Entwicklungsplanungen der Gemeinden abgestützt. Das stellen auch die Birsstadt-Gemeinden fest. Diese monieren in ihrem Raumkonzept einen Widerspruch zwischen kommunal geplanter und angestrebter Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung und dem in ELBA-Ausbau vorgesehen Bevölkerungswachstum.

Um die Verkehrsinfrastrukturen für Entwicklungsziele der Gemeinden bereitzustellen, braucht es in den kommenden Jahren signifikante Investitionen. Es braucht aber keine Luxus-Infrastruktur, wie sie in der abgelehnte ELBA-Ausbau vorgesehen war. Um das Projekt ELBA in seiner Qualität weiterverfolgen zu können, sind realistische und verbindliche Aussagen der Gemeinden über die angestrebte Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung nötig. Nach dem Nein zum ELBA-Ausbau bietet sich jetzt die Möglichkeit, dieses Versäumnis nachzuholen. Die Gemeinden der Birsstadt schaffen mit ihrem gemeinsam erarbeiteten Raumkonzept die Grundlage. Damit können die für die gemeinsam vereinbarte Entwicklung notwendigen Verkehrsinfrastrukturen koordiniert und gezielt geplant werden. Mit diesem Vorgehen wird sichergestellt, dass die kommenden grossen und wichtigen Investitionen am richtigen Ort und mit den richtigen Zielen erfolgen.

**Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Landrat eine Vorlage zu unterbreiten, die aufzeigt, wie die Koordination der von den Gemeinden angestrebten Siedlungsentwicklung mit den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur im ELBA-Perimeter weitergeführt werden kann. Als Grundlage müssen die von den Gemeinden angestrebten und miteinander in den Regionen vereinbarten Entwicklungsvorstellungen bezüglich**

**Arbeitsplätzen sowie Einwohnerinnen und Einwohnern dienen. Auf dieser Basis sollen die dafür notwendigen Verkehrsinfrastrukturen in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden koordiniert geplant werden.**